

Rede des Herrn Polizeipräsidenten Dieter Glietsch anlässlich der Pressekonferenz zur Polizeilichen Kriminalitätsstatistik 2007

Allgemeine Aspekte

Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2007 für Berlin dokumentiert, dass sich die Gesamtbelastung mit Straftaten im letzten Jahr kaum verändert hat. Die Zahl der registrierten Delikte sank nochmals minimal um 634 oder 0,1 % auf 496.163 Fälle. Damit ist seit 2002 ein kontinuierlicher Rückgang der Straftaten insgesamt um 15 % zu verzeichnen. Betrachtet man nur die kontrollunabhängige Kriminalität, liegt der Rückgang im Jahr 2007 bei 0,9 %. Dies bedeutet, dass die Kontrollintensität von Polizei und anderer Behörden nicht abgenommen hat, denn die Anzahl der Kontrolldelikte ist gegenüber dem Vorjahr um 4,4 % angestiegen. Die Gesamtaufklärungsquote hat sich um 0,2 % auf 50,4 % verbessert, das ist die zweithöchste AQ seit 1990.

Entwicklungen ausgewählter Deliktsbereiche

Betrachtet man einzelne Deliktsbereiche, gibt es natürlich durchaus deutlichere Veränderungen.

Mord und Totschlag (inklusive Versuche)

- Senkung um 29 Fälle auf 138 (- 17,4 %)

Die Abnahme fällt hier überdeutlich aus, da es im Jahr 2006 durch den „Amoklauf“ bei der Eröffnung des Hauptbahnhofes (37 versuchte Mordtaten) einen besonderen Fallzahlenanstieg gab.

Das Ergebnis 2007 stellt die niedrigste Fallzahl bei Mord und Totschlag der letzten zehn Jahre dar.

Allerdings ist die Zahl der getöteten Personen von 62 auf 70 gestiegen.

Vorsätzliche Brandstiftung

Bei der vorsätzlichen Brandstiftung konnten wir mit 909 Fällen nur das zweitbeste Ergebnis der letzten zehn Jahre registrieren, weil wir einen Fall mehr als im letzten Jahr hatten.

Sexualdelikte

Bei den Sexualdelikten registrieren wir eine Steigerung um 17,1 % auf 3.269 Fälle, aber

- einen Rückgang bei den Vergewaltigungen/ sexuelle Nötigung um 48 Fälle oder 7,7 % auf 577
- einen Rückgang beim Sexuellen Missbrauch von Kindern um 51 Fälle oder 7,9 % auf 591 (niedrigste Fallzahl der vergangenen 10 Jahre.)

Der Anstieg der Gesamtzahl der Sexualdelikte ist mit zweijährigen bundesweiten Ermittlungen wegen Verbreitung kinderpornographischen Materials im Internet zu erklären. Die „EG Himmel“ hat ihre Vorgänge größtenteils 2007 abgeschlossen, was den Fallzahlenanstieg erklärt. Aus dem gleichen Grund kam es auch zu einer Zunahme der Fälle von Besitz und Verschaffung von Kinderpornografie um 497 auf 612 Fälle.

Rohheitsdelikte (Raub, Körperverletzung, Straftaten gegen die Freiheit der Person)

Bei den Rohheitsdelikten insgesamt ist ein Anstieg um 2,7 % auf 69.383 Fälle zu verzeichnen, der sich im Wesentlichen aus der Einführung des neuen Straftatbestandes „Stalking“ in das StGB erklärt.

Nach der Einführung des § 238 StGB „Nachstellung“ zum 01.04.2007 wurde diese neue Strafbarkeit statistisch zunächst als Nötigung / Bedrohung und ab 01.07.07 unter **Nachstellung (Stalking)**“ erfasst.

Deshalb haben wir

- bei den Straftaten gegen die persönliche Freiheit die höchste Fallzahl der vergangenen 10 Jahre erreicht. Im Einzelnen beruht dieser Anstieg auf deutlichen Fallzahlensteigerungen bei
 - Nötigung (+14,1 % auf 6.186 Fälle)
 - Bedrohung (+1,2 % auf 8.590 Fälle) und
 - Stalking (825 Fälle)
- Bei den Raubtaten insgesamt liegen die Fallzahlen mit einem Plus von 1 % (+ 80 Fälle) nur leicht über dem Niveau des Vorjahres.
- Innerhalb dieser Deliktsgruppe fällt die Zunahme beim Raub auf sonstige Zahlstellen und Geschäfte um 151 Fälle auf 557 Fälle mit 37,2 % besonders deutlich aus. Damit ist wieder ungefähr das Fallzahlenaufkommen von 2004 erreicht (550 Fälle).

Festzustellen ist zugleich ein Rückgang bei der durchschnittlichen Schadenssumme von 4.996€ im Jahr 2006 auf 2.162€ im Jahr 2007. Dies erklärt sich offensichtlich aus der Wirksamkeit von der Polizei empfohlener und realisierter technischer Präventionsmaßnahmen. Es gab einen Rückgang bei den „Tresortaten“ zum Nachteil von Lebensmittel-, Drogerie und Getränkemärkten aufgrund der Umrüstung auf neue Tresorsysteme.

Angestiegen sind dagegen die „Kassentaten“, insbesondere zum Nachteil von Sb-Läden und Apotheken. Dies dürfte auch die Erklärung für die Änderung der Tatverdächtigenstruktur hin zu vermehrt jüngeren TV sein.

- Auf diese Entwicklung reagieren wir u. a. mit gezielten Präventionsmaßnahmen (z.B. durch verstärkte personen- oder objektbezogene operative Maßnahmen) und Prävention (z.B. durch ständigen Kontakt mit betroffenen Unternehmen oder Beratung der Berufsgenossenschaft für Handel und Warendistribution hinsichtlich der Reduzierung verfügbarer Kassenbestände)
- Bei „Sonstigen Raubüberfällen in der Öffentlichkeit“, ist ein Anstieg von 4,5 % auf knapp 2.900 Fälle zu verzeichnen.
- Während bei den Körperverletzungsdelikten insgesamt das Niveau des Vorjahres leicht unterschritten wurde, gab es bei Misshandlungen von Kindern mit 645 Fällen einen Anstieg um 14,6 % bzw. 82 Fälle. Damit setzt sich die Tendenz der letzten Jahre fort. Das bedeutet nicht, dass mehr Kinder misshandelt werden, sondern dass es uns dank intensiver Öffentlichkeitsarbeit gelungen ist, das Dunkelfeld in diesem besonders schwerwiegenden Deliktsbereich weiter aufzuhellen.

Diese Sensibilisierung der Öffentlichkeit haben wir im letzten Jahr auch verstärkt im Hinblick auf die Vernachlässigung von Kindern betrieben. Damit haben wir auch hier die Anzeigebereitschaft gesteigert.

Die Menschen sind sensibler geworden, sie schauen nicht mehr so oft weg und melden sich bei der Polizei oder beim Kindernotdienst, mit dem eine hervorragende Zusammenarbeit besteht und der ebenfalls ein Hinweistelefon eingerichtet hat.

Insgesamt wurden im letzten Jahr 751 Verletzungen der Fürsorge- und Erziehungspflicht registriert, was eine Zunahme um 169 Fälle oder 29,0 % bedeutet. Hier trägt die in den vergangenen Jahren deutlich verbesserte Netzwerkarbeit für den Kinderschutz erkennbar Früchte.

Diebstahl

Bei den Diebstahlsdelikten setzte sich der bereits seit Jahren andauernde Trend rückläufiger Fallzahlen fort. Mit 186.881 Fällen haben wir erstmals seit über zehn Jahren weniger als 190.000 Diebstähle erfasst. Das bedeutet einen Rückgang von 2,2 % gegenüber dem Vorjahr.

Er ist vor allem darauf zurückzuführen, dass weniger Taschendiebstähle, Ladendiebstähle und Diebstähle in/aus Büroräumen registriert wurden:

- Beim Diebstahl in/ aus Büro bedeuten 7.146 erfasste Fälle eine Abnahme um 1.698 Fälle bzw. 19,2 %, womit sich die kontinuierliche Entwicklung sinkender Fallzahlen fortgesetzt hat, was vermutlich auf verstärkte Sicherheitsvorkehrungen der Betroffenen zurückzuführen ist.
- Der beachtliche Rückgang beim Taschendiebstahl um 2.287 Fälle auf 13.563 Fälle ist insbesondere ein erneuter Erfolg der in Vorbereitung auf die WM 2006 am 01.08.2005 gegründeten spezialisierten Ermittlungseinheit EG Tasche, die inzwischen in dem auf Dauer eingerichteten Kommissariat LKA 711 fortgeführt wird. Mit 14,4 % weniger Taschendiebstählen als 2006 ist damit das beste Ergebnis der letzten 10 Jahre erreicht.
Durch ihre Operativmaßnahmen konnte die Aufklärungsquote auf

diesem sehr schwer aufklärbaren Deliktsfeld erneut von 5,2 %-Punkten auf 7,3 %-Punkte erhöht werden. 2005 lag sie noch bei 2,5 %.

- Auch die Ladendiebstähle verzeichnen mit 31.642 erfassten Fällen im vergangenen Jahr einen erneuten Rückgang um 4,7 %. Dieses Delikt erreicht damit die niedrigste Fallzahl seit 10 Jahren, was vermutlich auch auf verstärkte Sicherheitsvorkehrungen der Betreiber zurückzuführen ist.
- Ähnliches gilt für Diebstähle von Kfz, wo sich mit einem Rückgang von 344 Fällen auf 5.102 Fälle, das entspricht einem Minus von 6,3 %, die langfristige Abnahme in diesem Deliktsfeld fortsetzt. 1997 lag die Fallzahl mit 16.971 Fällen noch mehr als dreimal so hoch.
- Insgesamt hat sich die Diebstahlskriminalität rund um das Kfz um 3,1 % auf 24.925 Fälle vermindert.
- Beim Fahrraddiebstahl erhöhte sich die Fallzahl erstmals nach fünf Jahren wieder um 7,8 % bzw. 1.471 Fälle auf 20.246 Fälle.
- Beim Wohnungseinbruchdiebstahl ist nach rückläufigen Fallzahlen in den vergangenen Jahren erstmals wieder ein deutlicher Anstieg um 648 Fälle = 10,3 % auf 6.933 Fälle festzustellen.
- Der Villen-/ Einfamilienhauseinbruchdiebstahl ist mit 1.265 erfassten Fällen beim Wohnraumeinbruch statistisch enthalten. Hier gab es gegenüber 2006 einen starken Anstieg um 523 Fälle (70,5 %). Die Steigerungen waren insbesondere auf Einbruchserien in den ersten drei Monaten in Einfamilienhäusern im Bereich Rahnsdorf und Wilhelmshagen zurückzuführen. Diese Serie konnte durch Festnahme

südamerikanischer Tatverdächtiger beendet werden. Mit Beginn der dunklen Jahreszeit war erneut eine Zunahme derartiger Taten festzustellen.

Wir haben darauf mit gezielten operativen Maßnahmen reagiert, die zurzeit noch andauern. Mit Präventionstipps informieren und beraten wir darüber hinaus die Bevölkerung und geben Hinweise auf Schwachstellen der Sicherheitstechnik und Einstiegsmöglichkeiten.

- Auch der Baustelleneinbruch (BSD) nahm um 397 Fälle (25,8 %) auf 1.933 Fälle zu. Hier spielt angesichts steigender Preise auf dem Metallmarkt nach wie vor der Buntmetalldiebstahl eine erhebliche Rolle.

Vermögensdelikte

Bei den Vermögensdelikten ist insgesamt eine leichte Zunahme um 1,5 % bzw. 1.556 Fälle bei 102.652 registrierten Fällen zu erkennen. Die Zunahme ist insbesondere auf die Fallzahlenentwicklung beim Schwarzfahren zurückzuführen. Würde man diese unberücksichtigt lassen, wäre insgesamt sogar ein spürbarer Rückgang der Vermögensdelikte zu verzeichnen.

- Der deutliche Zuwachs beim Schwarzfahren um 5.360 Fälle auf 27.335 Fälle - dies entspricht einer Steigerung um 24,4 % - ist auf ein verändertes Anzeigeverhalten der Verkehrsbetriebe zurückzuführen. Wurden früher der Polizei häufig Sammelanzeigen übersandt, die dann gemäß den bundeseinheitlichen „Richtlinien für die Polizeiliche Kriminalstatistik“ jeweils als 1 Fall zu zählen waren, werden jetzt automatisiert Einzelfälle sofort zur Anzeige gebracht und auch einzeln gezählt.

- Im Bereich der Kreditkartenkriminalität, Betrug mittels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel, haben wir mit einer Verringerung um 158 Fälle = -1,5% auf 10.635 Fälle die niedrigste Fallzahl der vergangenen 10 Jahre erreicht.
Innerhalb dieser Deliktsgruppe gab es jedoch beim Betrug Debitkarte mit PIN einen Anstieg um 10,8 % auf 3.335 Fälle.

- Besonders auffällig ist der Anstieg bei Nachmachen, Verfälschen (...) von Zahlungskarten um 436 Fälle = 147,8% auf 731 Fälle.
Hierunter verbirgt sich das Ausspähen von Daten und PIN von Maestro-Karten (EC-Karten) mittels technischer Hilfsmittel an Geldautomaten (beim Abhebevorgang). In diesem Jahr wurden ca. 120 Geldautomaten mit Vorsatzgeräten zum Auslesen der Daten manipuliert.
Im Anschluss werden Kartenrohlinge entsprechend codiert und im Ausland diverse Geldabhebungen vorgenommen. Es handelt sich offenbar um verschiedene Tätergruppen. Es ist zu befürchten, dass diese Delikte noch zunehmen könnten.
Deshalb empfehlen wir in unserer Präventionsarbeit: Nur an Automaten abheben, die man kennt, so dass Veränderungen auffallen.

- Im Bereich des Leistungsbetrugs war nach Steigerungen durch Serienstraftaten im Jahr 2006 ein Rückgang zu erwarten, der mit einem Minus von 32,2 % auf 1.430 Fälle auch eintrat.

- Beim Kontoeröffnungs- und Überweisungsbetrug ist mit einem Plus von 3.062 Fällen eine Verdopplung auf 6.069 Fälle zu beobachten. Es handelt sich um die höchste Fallzahl der vergangenen 10 Jahre.
Die Veränderungen stehen im Zusammenhang mit Ermittlungen im Bereich von Geldwäscheverdachtsanzeigen.
Darüber hinaus gab es mehrere Serien, bei denen Überweisungsträger

aus den Einwurfkästen entwendet wurden, um die Daten für betrügerische Kontoüberweisungen zu verwenden.

Beim einfachen und schweren Diebstahl in/aus Banken, Sparkassen usw. gab es einen Anstieg um 188 Fälle (+52,1%).

In Berlin und Brandenburg war eine Tätergruppe aktiv, die arbeitsteilig meist per Internet und anschließendem Postident-Verfahren Zielkonten bei diversen Banken eröffnete, unter Vorlage totalgefälschter Personalausweise mit fiktiven Daten. Nach Geldeingang wurden die Beträge umgehend an Bankautomaten abgehoben bzw. umfangreiche Einkäufe mit den betrügerisch bestellten EC-Karten vorgenommen.

- Bei den Geld- und Wertzeichenfälschungen wurden mit 697 Fällen 32,3 % weniger registriert als 2006. Damit setzt sich die abnehmende Tendenz des Vorjahres fort.

Der Rückgang betrifft fast ausschließlich den Bereich der **Wertzeichenfälschung** (-326 Fälle, -32,2%). Dabei geht es überwiegend um BVG-Ticket-Fälschungen bzw. um verfälschte Eintrittskarten für Konzerte.

Durch die Arbeit der GE Wertzeichenfälschung wurden die OK-Strukturen in diesem Bereich erfolgreich bekämpft. Zugleich wurden in den Verkaufsstellen die entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen ergriffen, um das Entwenden von Blanko-Fahrscheinrollen zu verhindern.

Bei den **Geldfälschungen** gab es einen Rückgang von 15 auf 9 erfasste Fälle.

Rauschgiftkriminalität

Im Kontrolldeliktsfeld Rauschgift verzeichnen wir einen Zuwachs der festgestellten Taten um 5,1 % auf 11.236 Fälle. Die Zahl der Rauschgifttoten ist von 173 auf 158 gesunken.

In Jahr 2007 lag unser besonderes Augenmerk auf der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität im öffentlichen Personennahverkehr. Hierzu wurde am 01.06.2007 die **EEG SiNoD** („Einsatz- und Ermittlungsgruppe Sicherheit im Nahverkehr ohne Drogen“) gegründet.

Das erfolgreiche Konzept der zentralen Auswertung stadtweiter Erkenntnisse und der darauf fußenden Koordination von Einsatzmaßnahmen im ÖPNV führte u. a. zum Anstieg der Kontrolltätigkeit der Polizei und damit zur gewünschten Aufhellung des Dunkelfeldes der Rauschgiftkriminalität.

Sonderauswertungen,

die sich nicht auf ein Deliktsfeld, sondern auf eine übergeordnete Kategorie beziehen, die für die polizeiliche Arbeit von besonderer Bedeutung sind und verschiedene Delikte umfassen, wie z. B. kriminelle Strukturen, Tätergruppen oder Tatörtlichkeiten.

Häusliche Gewalt

Bei der Häuslichen Gewalt registrieren wir eine Zunahme um 5,6 % auf 13.222 Fälle (Vorjahr 12.522). Dies ist eine Folge der fortgesetzten intensiven Öffentlichkeitsarbeit, durch die wir gemeinsam mit unseren Partnern vom Runden Tisch gegen Häusliche Gewalt eine zunehmende Sensibilisierung der Bevölkerung und damit eine Aufhellung des Dunkelfelds erreicht haben.

Die Zahl der Wegweisungen und Kontaktverbote, die von der Polizei ausgesprochen wurden, hat sich erneut erhöht.

Organisierte Kriminalität

Hier sind wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Für das Jahr 2007 wurden 56 OK-Komplexe gemeldet, die 30 Erstmeldungen beinhalten

(Vorjahr 28). Das bedeutet einen Zuwachs der Erstmeldungen um 7,1 % bei gleichzeitigem erneuten Rückgang der festgestellten OK-Komplexe (-8,2 % / Vorjahr -17,6%).

Die Zahl der OK-relevanten Einzelstraftaten hat sich von 3.030 auf 3.247 um 7,2 % erhöht.

Hauptursächlich für den Anstieg ist ein OK-Komplex aus dem Bereich „Kriminalität im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsleben“, in dem wegen mehr als 1.400 einzelner Betrugstaten wie z.B. Konto-Eröffnungs- und Überweisungsbetrug sowie Warenkreditbetrug ermittelt wird.

Die Hauptaktivitäten der 56 OK-Tätergruppierungen lagen unverändert im Bereich der Eigentumskriminalität (30,4 %), der Wirtschaftskriminalität (19,0 %) und des Rauschgifthandels (15,2 %).

Die insgesamt 818 Tatverdächtigen kamen auch 2007 überwiegend aus Deutschland (322), es folgen Tatverdächtige aus Nigeria (98), Kamerun (90) und der Türkei (46).

Die der „Ndrangheta“ zugerechneten Morde in Duisburg sowie die zum Jahreswechsel angezeigten Versuche von Schutzgelderpressung zum Nachteil von italienischen Gastwirten in Berlin ergeben für Berlin keine neue Einschätzung der Situation. Im Berichtsjahr ist keine italienisch dominierte OK-Gruppierung neu bekannt geworden.

Jugenddelinquenz (Unter 21-Jährige)

Zum zweiten Mal in Folge verzeichnen wir einen geringen Anstieg der Tatverdächtigen unter 21 von 33.125 auf 33.365 = 0,7 %.

Der Anstieg erklärt sich aus den erhöhten Fallzahlen zur Beförderungserschleichung.

Tatverdächtigenbelastungszahl zu Jugendstraftaten insgesamt:

(gibt Auskunft über die Kriminalitätsbelastung einer Bevölkerungsgruppe im Verhältnis zu deren Anteil an der Gesamtbevölkerung)¹

Betrachtet man die Unter-21-Jährigen, also die Jugendstraftäter insgesamt, ergibt sich für die deutschen eine TVBZ von 7.267 und für nichtdeutsche von 14.468.

D.h., die Nichtdeutschen traten im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil doppelt so häufig in Erscheinung wie ihre deutschen Altersgenossen.

Hier hat sich gegenüber den Vorjahren kaum etwas geändert.

Rohheitsdelikte (Raub, KV, Bedrohung/Nötigung/Freiheitsberaubung)

Die Zahl der zu Rohheitsdelikten ermittelten Tatverdächtigen zwischen 8 und 21 Jahren ist von 10.716 im Jahr 2006 um 1,0 % auf 10.614 gesunken. Durch die stetige Abnahme des Anteils der unter 21-Jährigen an der Bevölkerung steigt jedoch die TVBZ zu den Rohheitstaten. Sie liegt derzeit bei 2.781 und ist damit abermals um 40 auf einen neuen Höchstwert angestiegen. Deshalb muss der Jugendgewaltkriminalität weiterhin unser besonders Augenmerk gelten. Seit 1997 liegt die Zahl der festgestellten jungen Rohheitstäter zwischen 10.000 und 11.000 und damit auf einem viel zu hohen Niveau.

Jugendgruppengewalt²

¹ Ergibt sich aus der Anzahl der ermittelten unterschiedlichen Tatverdächtigen mal 100.000 geteilt durch die Anzahl der jeweiligen Bevölkerungsgruppe insgesamt (Tatverdächtige, die als Touristen oder illegal aufhältliche Personen in Erscheinung treten, werden nicht berücksichtigt)

² Zur Jugendgruppengewalt zählen Raub und räuberische Erpressung, Körperverletzungen, Bedrohungen, Sachbeschädigungen sowie Begleitdelikte wie unbefugter Waffenbesitz, wenn die Taten von mindestens zwei Tätern im Alter von 8 bis unter 21 Jahren gemeinschaftlich oder von einem einzelnen solchen Täter im Schutz der Gruppe begangen werden.

- Die Zahl der erfassten Straftaten aus dem Bereich der Jugendgruppengewalt ist 2007 lediglich um 0,9 % auf 8.075 Fälle angestiegen. Im Jahr 2006 hatten wir noch eine Zunahme von 8,4 % registriert.
- Minimale Zunahme bei **Raub** (3.617 Fälle, + 16, + 0,4 %) und **Bedrohung** (140 Fälle, + 1, + 0,7%)
- Eine deutliche Abnahme ist bei Körperverletzungen mit 1.151 Fällen, - 256, -18,2 %) zu registrieren.

Insgesamt waren 2.122 oder **43,8%** der erfassten Jugendgruppengewalttäter Nichtdeutsche oder Deutsche **nichtdeutscher Herkunft** (im Vorjahr 2.125 oder 44,7%).

Waffen wurden 2007 in 1367 Fällen (16,9 %) der Jugendgruppengewalt mitgeführt oder eingesetzt (69 Fälle oder 5,3 % mehr als im Vorjahr).

Maßnahmen/Konsequenzen

Die Zahlen zeigen, dass wir unsere umfassenden Bemühungen zur Bekämpfung von Jugendgewalt weiter fortsetzen müssen, und zwar in der Prävention und in der Strafverfolgung.

In unserer Präventionsarbeit sind wir inzwischen sehr gut mit unseren Partnern in der Jugendarbeit und in den Schulen vernetzt.

Im Bereich der Strafverfolgung haben wir unser bewährtes Intensivtäterkonzept gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft fortgeführt und ausgeweitet, ab dem 01.01.2008 wird es auch auf die Schwellentäter (ab 5 Gewaltdelikte) ausgedehnt.

Ende 2007 befanden sich bei der Berliner Polizei insgesamt 984 Personen im TOE–Programm (Intensiv- und Mehrfachtäter bzw. Kiez­täter), im Jahr 2006 waren dies insgesamt 742 Personen.

Als Intensiv und Mehrfachtäter (IMT) gemäß gemeinsamer Definition mit der Staatsanwaltschaft wurden hier 437 Personen geführt, im Jahr 2006 waren dies 405 Personen.

Weil uns die Bekämpfung der Jugendkriminalität besonders wichtig ist, haben wir in den vergangenen Jahren unsere Anstrengungen im Bereich der Diversion erheblich verstärkt (Diversion bedeutet zeitnahe Reaktion mit dem Ziel der informellen Erledigung von Strafverfahren, z. B. durch Täter-Opfer-Ausgleich). Besonders relevant sind hier die erzieherischen Maßnahmen gemäß § 45 Abs. II, 2. Alternative JGG. Im Jahr 2002 waren dies 449 Maßnahmen, was im Jahr 2007 auf 1.138 Maßnahmen gesteigert werden konnte (2006 waren es 1.096 Maßnahmen).

Von all unseren Bemühungen dürfen wir uns jedoch nicht zu viel versprechen.

Wir wissen alle, dass Jugendgewalt ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, das von der Polizei alleine nicht gelöst werden kann.

Die überproportional hohe Gewaltkriminalität junger Männer nichtdeutscher Herkunft hat soziale Ursachen, die wir kennen und seit Jahren benennen:

- eigene Gewalterfahrungen in unzureichend integrierten Familien mit ausgeprägt patriarchalischen Strukturen
- Sprachbarrieren und andere Erziehungsdefizite, die in der Schule nicht ausgeglichen werden können
- Beendigung der Schule ohne Abschluss und damit ohne Aussicht auf einen Ausbildungsplatz und Arbeit.

Deshalb kommt es darauf an, die Chancen von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Das kann nicht die Polizei schaffen, da sind andere gefordert. Eine Gesellschaft, die gegen Jugendgewalt nachhaltig erfolgreich sein will, braucht ohne Zweifel eine funktionierende Polizei und Justiz, sie muss aber vor allem in Erziehung, Bildung, Ausbildung und Arbeitsplätze investieren.

Kriminalität im ÖPNV

Die Berliner Polizei hat in ihrem Zuständigkeitsbereich 2007 mit 21.883 rund 500 Straftaten (- 2 %) weniger registriert als 2006.

Körperverletzungsdelikte sind um 2 % (76) auf 3.237 Fälle angestiegen, Raubdelikte (-192), Sachbeschädigungen (-894) und Sexualdelikte (-117) haben deutlich abgenommen.

Zufallshäufungen brutaler Einzeltaten, wie wir sie in den letzten Wochen hatten, verdeutlichen die Problemlage, sollten aber nicht als dramatische Negativentwicklung fehlgedeutet werden.

Politisch Motivierte Kriminalität

Die Fallzahlen der **Politisch motivierten Kriminalität insgesamt** sind im Jahr 2007 um 644 Fälle oder 19 % auf 2806 Fälle gesunken. Bei den politisch motivierten Gewaltdelikten wurden dagegen mit insgesamt 300 Fällen 51 Fälle mehr gezählt als im Vorjahr, was einem Anstieg von 20 % entspricht.

Der Rückgang der Fallzahlen insgesamt ist vor allem auf einen deutlichen Rückgang der Fallzahlen bei den Propagandadelikten zurückzuführen.

Diese sanken um 462 Fälle und damit um 26 % auf 1294 Fälle.

Im Bereich der **PMK-links** stieg die Zahl der Gewaltdelikte von 112 auf 180 Fälle (+ 61 %).

Bei den Gewaltdelikten im Bereich „links“ gegen „rechts“ ist ein Rückgang um 33 Fälle zu verzeichnen, dagegen nahm das Fallaufkommen vor allem im Deliktsbereich Brandstiftung um 86 Fälle von 16 Fällen im Jahr 2006 auf 102 Fälle im Jahr 2007 zu.

In 94 Fällen wurden Kraftfahrzeuge in Brand gesetzt. Zwar liegen zu den Taten oft keine konkreten Erkenntnisse bezüglich der Motivation der Täter vor, dennoch kann aus der Art der angegriffenen Fahrzeuge, sogenannte „Nobelkarossen“, geschlossen werden, dass die linke Szene verstärkt gegen „kapitalistische Strukturen“ agierte.

Der G8-Gipfel in Heiligendamm spielte bei den Gewaltdelikten kaum eine Rolle, es waren lediglich drei Fälle (davon zwei Landfriedensbrüche und eine Brandstiftung) in diesem Zusammenhang zu verzeichnen.

Im Bereich der **PMK – rechts** ist ein Rückgang der Propagandadelikte um 350 Fälle und damit um 26 % auf 980 Fälle zu verzeichnen.

Die Gewaltdelikte im Bereich PMK - rechts sanken im Jahr 2007 um insgesamt 29 Fälle (30 %) von 96 (2006) auf 67 Fälle (2007).

Bei den fremdenfeindlichen Gewaltdelikten (2006: 45; 2007: 33) und bei den Gewaltdelikten „gegen links“ (2006: 40; 2007: 20) ist nach deutlichen Zunahmen 2006 ein Rückgang der Fallzahlen zu verzeichnen, sie befinden sich wieder auf dem Niveau der Vorjahre. D. h., es gibt für uns keinen Grund, in unseren Anstrengungen nachzulassen.

Die Gewalttaten mit antisemitischem Hintergrund sind von vier auf neun Fälle gestiegen.

Insgesamt wurden 212 Fälle mit antisemitischem Hintergrund festgestellt im Vergleich zu 272 im Vorjahr, das entspricht einem Rückgang von 22 %. Dabei handelt es sich zum überwiegenden Teil um Delikte wie Beleidigung

/ Üble Nachrede / Verleumdung und Volksverhetzung sowie Propagandadelikte.

Bericht zur Kriminalitätsbelastung öffentlicher Räume

Der vorliegende Bericht stellt erstmalig polizeilich bekannt gewordene Kriminalität in einen öffentlichen Raumbezug, der sich an den verwaltungsbezirklichen Planungsräumen orientiert. Technisch bedingt ist zunächst nur ein Vergleich zum Vorjahr 2006 möglich, so dass dieses Produkt eine erste Grundlage ist, die jährlich fortgeschrieben werden soll. Es dient in erster Linie dem Regionalplaner in der öffentlichen Verwaltung. Aus diesem Grund ist die Frequenz der Fortschreibung mit einem Kalenderjahr den Zwecken der Verwaltung angepasst und nicht auf die taktischen Belange der Polizei abgestellt.

Es handelt sich um ein reines Zahlenwerk ohne jegliche Bewertung. Die Ursachen regionaler Belastungsverschiebungen sind deshalb nicht unmittelbar aus dem Bericht zu entnehmen. Seine Bedeutung erhält er erst in der Zusammenschau mit anderen für die verwaltungsbezirklichen Planungsräume erfassten Daten. Eine Bewertung aus rein polizeilicher Sicht würde den örtlichen Gegebenheiten auch nicht gerecht. Es bestünde vielmehr die Gefahr einer vorschnellen Beurteilung von Situationen, deren Ursachen nur unvollkommen oder gar nicht abgebildet werden können.

In Hinblick auf einen rationalen Umgang mit Kriminalität ist es von grundlegender Bedeutung, sich bewusst zu machen, dass es nicht die Kriminalität, sondern nur eine Summe von Einzeldelikten mit jeweils tatbegünstigenden Faktoren gibt, die von der Person, der Situation und der ausgeübten Sozialkontrolle abhängen.

Der Schwerpunkt der Betrachtungen liegt daher auf Delikten, die im öffentlichen Raum stattfinden und ihren Ursprung in der Regel nicht in der Beziehung von Täter und Opfer haben.

Der Bericht stellt auf Bezirks- und Ortsteilebene die Verteilung der Straftaten insgesamt sowie 12 ausgewählter Delikte dar, die Sie im Bericht nachlesen können.

Neben der Abbildung des Gesamtstrafatenaufkommens und der Darstellung ausgewählter Einzeldelikte umfasst der Bericht eine geografische Visualisierung von sogenannten „kiezbezogenen Straftaten“. Die Grundlagen des Katalogs dieser „kiezbezogenen Straftaten“ bilden Delikte, die in Abstimmung mit anderen Berliner Verwaltungen als Summe in einen gemeinsamen Datenpool eingehen werden und bei denen nicht Tatgelegenheitsstrukturen (z.B. Ladendiebstahl in Einkaufsgegenden, „Schwarzfahren“ im Nahverkehr, etc.) Einfluss auf die Kriminalitätsbelastung nehmen. Berücksichtigt wurden in erster Linie Aspekte wie

- ✓ eine hohe Wahrscheinlichkeit regionaler Bezüge (Wohnort des Täters),
- ✓ Fälle häuslicher Gewalt,
- ✓ Indikatoren für Verwahrlosungstendenzen (Destruktionsdelikte, Vandalismus)

- ✓ eine erkennbare Nichtachtung staatlicher Autorität.

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren fanden 13 Delikte Eingang in die Summe „kiezbezogener Straftaten“, die Sie ebenfalls im Bericht nachlesen können.

Alle Abbildungen von Kriminalität bergen immer die Gefahr, missverstanden oder sogar absichtlich falsch interpretiert und als „Angstraumatlant“ missbraucht zu werden.

Sowohl die PKS wie auch der erstmals vorgelegte Bericht über die Kriminalitätsbelastung öffentlicher Räume können dazu dienen, den Blick auf die Kriminalität in der Stadt, in einzelnen Bezirken oder gar den kleinstmöglichen Planungszellen zu verkürzen und ein Labeling im Sinne von „höchst gefährdeter Bezirk“ oder gar „gefährlichster Straßenzug Berlins“ vornehmen. Wer das macht, handelt falsch! Wer das absichtlich macht, handelt in hohem Maße verantwortungslos, weil er damit Ängste schürt und Schaden verursacht.

Abbildungen der Kriminalität wie die PKS oder noch feinteiligere Darstellungen verfolgen den Zweck, eine rationale Auseinandersetzung mit dem Straftatenaufkommen für die Planungsverantwortlichen in der Stadt oder im Bezirk zu ermöglichen.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, erfolgt über die Herausgabe des Berichts zur Kriminalitätsbelastung in öffentlichen Räumen hinaus auch eine Kommentierung, die den Planern über die bloße Darstellung der Kriminalitätsverteilung im Raum hinaus auch weitergehende Antworten zu Umständen geben kann, durch die die Begehung von Straftaten erleichtert wird.

Es wäre wünschenswert den Bericht und die Kommentierung zeitgleich vorlegen zu können. Dies ist aber nicht möglich, weil schon die PKS, wie auch der Bericht der regionalisierten Daten „just-in-time“ Werke sind, die selbst eines zeitlichen Nachlaufs bedürfen, um den kompletten

Berichtszeitraum eines jeweiligen Jahres abzubilden. Insofern kann eine Kommentierung erst dann erfolgen, wenn die statistischen Daten ausgewertet sind.

Diese Analyse wird sich ausschließlich auf kriminalwissenschaftliche, überwiegend kriminologische Erkenntnisse zu Ursachen, Erscheinungsformen und Entstehungsbedingungen von Kriminalität stützen. Anderweitige, aus anderen Ressorts bereits vorgelegte Indikatorenkataloge wie der Sozialstrukturatlas oder auch Gesundheitsberichte werden nicht miteinbezogen, um die Kommentierung nicht zu überfrachten. Aber auch schon die reinen kriminalwissenschaftlichen Erkenntnisse werden Planungsverantwortlichen genügend Antworten und Ansätze für neue und weitergehende Planungen geben.

Der öffentliche Raum wirkt zum einen über seine Funktion auf das Kriminalitätsaufkommen, z.B. ein innerstädtischer Bereich als Anziehungspunkt für eine Vielzahl von Touristen, zum anderen über seine Gestaltung, z.B. unübersichtliche Flächen mit fehlenden Sichtachsen und schlechter Ausleuchtung.

Ohne der Auswertung und abschließenden Bewertung vorzugreifen, kann schon gesagt werden, dass der Bericht aus polizeilicher Sicht keine überraschenden Erkenntnisse erbringt. Das liegt daran, dass es eine hohe Deckungsgleichheit der Ergebnisse mit anderen, polizeilich bereits seit langem genutzten Erkenntnisquellen wie den polizeilichen Lagebildern gibt.

Hinsichtlich der im Bericht enthaltenen Abbildungen (sowohl in der ortsteilbezogenen Darstellung als auch auf der Ebene der lebensweltlich

orientierten Räume) ist darauf hinzuweisen, dass die Darstellung der Straftatenverteilung in den jeweiligen Räumen aus Gründen der Vergleichbarkeit als Häufigkeitszahl erfolgt.

Sie beschreibt die Zahl der bekannt gewordenen Fälle insgesamt oder innerhalb einzelner Deliktzahlen, errechnet auf 100.000 Einwohner (Stichtag ist 30.06. des Berichtsjahrs) und drückt die durch die Kriminalität verursachte Gefährdung aus.

$$\text{HZ} = \frac{\text{Straftaten} \times 100.000}{\text{Einwohnerzahl}}$$

Daher erscheinen in der Abbildung Gegenden mit geringer Wohnbevölkerung, wie z.B. der unmittelbare Nahbereich um das Olympiastadion, als erheblich kriminalitätsbelastete Räume nicht etwa deswegen, weil dort überproportional viele Straftaten begangen werden, sondern weil die Einwohnerzahl in diesem Planungsraum sehr gering ist und sich in der Berechnung ein überproportional hoher Quotient ergibt. Dieser Umstand trifft z.B. auch für andere Flächen, wie z.B. Brachflächen, größere Industrieansiedlungen sowie Naherholungs- und Grünflächen zu.

So kommt es z.B. dazu, dass ein Friedhof aufgrund von benachbarten Wohnungen als bewohntes Gebiet mit ausgewiesen wird und aufgrund von relativ wenigen Straftaten im Umfeld und entsprechend der geringen Einwohnerzahl als statistisch hoch belastet (dunkelgrün) dargestellt wird.

Bei der Abbildung der Straftaten in der Darstellungsform Häufigkeitszahl bezogen auf lebensweltlich orientierte Räume fällt zunächst auf, dass sich einige Schwerpunkte kriminellen Geschehens insgesamt relativ unauffällig

darstellen. Dies ist ursächlich auf den Quotienten der Häufigkeitszahl zurückzuführen.

Bei der Betrachtung der „kiezbezogenen Straftaten“ treten diese Bereiche schon wieder deutlicher hervor.

Ebenfalls auffällig ist, dass kiezstrukturbezogene Kriminalität durch die Darstellung in den lebensweltlich orientierten Räumen kaum oder gar nicht deutlich wird bzw. aufgrund der gewünschten Darstellung auch nicht werden kann.

Das gilt insbesondere für Straftaten, die mit Bezug auf die öffentlichen Verkehrsmittel begangen worden sind.

Je nach Bedarf wird hier für die Zukunft nach anderen Darstellungsformen gesucht werden. Sichtbar – wenngleich in ungewohnter Ausprägung – sind die Strukturbereiche, die auch vorher schon in Detailanalysen auffällig geworden sind.

Die innerstädtischen Kernbereiche („erste Stadterweiterung“) sind 2007 insbesondere durch den Wohnraumeinbruch aufgefallen. Die randstädtischen Ballungszentren waren Gegenstand spezieller Untersuchungen zum Raub. Diese Belastung wird grafisch wegen des Quotienten der HZ nur unvollkommen abgebildet, ist aber im zugrundeliegenden Zahlenwerk enthalten.

Der grundsätzliche weiterführende Nutzwert der neu aufgelegten und in der Erstellung sehr zeitintensiven Aufbereitung liegt darin, eine ressortübergreifende Zusammenarbeit aller verantwortlichen Akteure im Themenfeld „Sicherheit“ zu verbessern. Die Berliner Polizei unterstützt diesen Gedanken schon seit langem, in dem sie sich z.B. auch an anderen ressortübergreifenden Projekten, wie der Entwicklung einer abgestimmten, gemeinsamen Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung beteiligt, um den

hier zuständigen Planungsverantwortlichen aufzuzeigen, wie z.B. auch stadtplanerische Maßnahmen in der Form der Gestaltung öffentlicher Flächen Auswirkungen auf die Kriminalitätslage und damit die Sicherheit in der Stadt, im Bezirk oder einer kleinteiligeren Planungszelle haben können.